

Europäisches Forum Alpbach 2017: Konflikt und Kooperation

Jasmin Baier und Gloria Bozyigit

EINLEITUNG

Unter dem Generalthema „Konflikt & Kooperation“ fand dieses Jahr von 16. August – 2. September das Europäische Forum Alpbach (EFA) statt. Im thematischen Fokus standen nicht nur geopolitische und gesellschaftliche Herausforderungen bedingt durch Robotics, Digitalisierung und vor allem den Klimawandel; auch die Zukunftsperspektiven verschiedener Branchen wurden eindringlich beleuchtet, wobei die Finanzmarktgespräche einen besonderen Platz einnahmen: Wie kann man sie sich vorstellen, die Zukunft der Banken und die Zukunft des Euro? Wird es in 20 Jahren noch Bankfilialen geben? Wird es den Euro noch geben? Oder werden wir überhaupt nur mehr bargeldlos und mit Krypto-Währungen bezahlen? Und über all diesen Fragen schwebt die Metaebene, steht die große Sorge vor einer neuen globalen Finanzkrise.

Der Finanzmarkt muss in den kommenden Jahren weitreichende Transformationen bewältigen. Die Lösungsansätze, Vorschläge und Diskussionen hinsichtlich der bevorstehenden Veränderungen, die am diesjährigen EFA präsentiert wurden, sollen im Folgenden dargelegt werden.

Eröffnet wurden die Finanzmarktgespräche mit einer Vorführung des Kunstprojektes „Macht Geschenke“ der Künstlerin Christin Lahr. Seit 2009 überweist Christin Lahr jeden Tag 0,01 € an das deutsche Finanzministerium, und zitiert im Überweisungszweck Zeilen aus *Karl Marx* „*Das Kapital*“. Innerhalb von 43 Jahren soll so der gesamte Text des Buches auf das Zentralkonto des deutschen Finanzamtes ‚überwiesen‘ werden. Die Künstlerin druckt jeden Transfer aus und verteilt diese Drucke an die deutsche Bevölkerung. Für Lahr ist der Staat ein Gemeinwesen, das heißt *mein Wesen*. Wenn der kleinste Teil des Staates das Individuum ist, dann ist die kleinste Einheit des Geldes 0,01 Cent - die Reaktionen? Gemischt.

HERAUSRAGENDE VORTRAGENDE DER FINANZMARKTGESPRÄCHE

Auch dieses Jahr konnte man besondere Persönlichkeiten ganz nahe erleben. Zusätzlich zu allseits bekannte Entscheidungsträger aus dem öffentlichen Dienst wie Hans Jörg Schelling und Ewald Nowotny, befanden sich auch erst seit kurzem Aufgestiegene aus der

Privatwirtschaft auf der Bühne. In der Annahme, dass sowohl Minister als auch CEOs von Großbanken (inklusive Zentralbank) bekannt sind, sollen neuere Personen im Finanzmarkt bzw. Gäste aus dem Ausland vorgestellt werden.

Rainer Voss

Rainer Voss war bis 2008 in leitenden Funktionen für verschiedene Investmentbanken tätig, darunter auch die Deutsche Bank. Im Zuge der Finanzkrise zog er sich aus dem Bankensektor zurück und ist seitdem ein ausgesprochener Kritiker des globalen Banken-, - und Finanzsystems. Im preisgekrönten Film „Master of the Universe“ (2013) erläuterte Voss im Alleingang die Fehler des Systems.

Michael Schuster

Michael Schuster ist seit 2011 Partner bei „speedinvest“. Zuvor war er beim Technologie-Start Up System One als COO tätig. Speedinvest avancierte in den letzten Jahren zum wichtigsten Finanzierer von Start ups in Österreich.

Maximilian Tayenthal

Maximilian Tayenthal ist Co-Founder und CFO der online Bank N26, welche 2013 gegründet wurde. Mit der Idee einer ‘mobilen Bank’ hat Tayenthal den Trend von „Banking without Banks“ vorweggenommen. Und der Erfolg gibt ihm recht: Im August dieses Jahres knackte N26 die 500.000 Kunden-Marke. Täglich kommen geschätzte 1.500 dazu.

Alvaro Santos Pereira

Alvaro Santos Pereira ist ein bedeutender portugiesischer Ökonom, Journalist, Autor und Politiker. 2011-2013 war er Minister für Arbeit, Wirtschaft, Verkehr, Öffentliche Bauten und Kommunikation. Seit 2014 leitet er die Länderstudienabteilung der OECD.

FINANZMARKTGESPRÄCHE

1. Panel: EIN "NEW NORMAL": DEREGULIERUNG?

Seit der Wirtschaftskrise wurden viele neue Regelungen am Finanzmarkt eingeführt. Manche Institutionen gingen dabei so weit, dass sich die Frage stellt, ob der große zusätzliche Aufwand tatsächlich auch in kleineren Banken notwendig ist. Weiters werden die Kapitalmärkte durch die unklaren Vorgänge in den USA verunsichert - sollte es nicht vielleicht globale Standards geben? Diese und viele weitere Fragen diskutierten **Pravin Gordhan** (*Member of Parliament, ehemaliger Finanzminister, Pretoria*), **Andreas Dombret** (*Vorstandsmitglied, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main*), **Kristalina Georgieva** (*CEO der IBRD - International Bank for Reconstruction and Development & IDA - International Development Association, Washington DC; davor: Europäische Kommission, Brüssel*), **Hans Jörg Schelling** (*ehemaliger Finanzminister, Wien*) und **Rainer Voss** (*ehemaliger Investment Banker, Mitgestalter der Dokumentation „Master of the Universe“*).

HAUPTERKENNTNISSE Bankenregulierung

In diesem Thema war sich das Panel „New Normal“ am ersten Tag der Finanzmarktgespräche beinahe einig: Regulierung ist wichtig – bis zu einem gewissen Grad. *Kristalina Georgieva* betonte aber, dass einige Regelungen über ihr eigentliches Ziel hinausschießen. Zum Beispiel führen Regeln, welche gegen Geldwäscherei und Terrorismus wirken sollen, nun auch dazu, dass es finanziellen Institutionen grundsätzlich erschwert wird, Überweisungen z.B. nach Somalia zu machen. Länder, die auf Geldsendungen aus dem Ausland angewiesen sind. *Georgieva* vertritt den Standpunkt: Regulierung soll geschehen, wo es wirklich benötigt wird, und nicht dort, wo es unnötig KMUs in der Kapitalfindung belastet. FinTechs und „Initial Coin Offering“ wurden bei der internationalen Regulierung hingegen noch kaum beachtet, was Raum für Betrug eröffnet.

Hans Jörg Schelling teilte ihre Meinung und warnte davor „one-size-fits-all“-Regelungen einzuführen. Regulierung sollte sehr genau auf die Situation verschiedenster Institutionen zugeschnitten sein. Er betonte, dass besonders systembedingende Banken mehr Sicherheiten aufbringen müssen, während kleinere Institutionen entlastet werden sollen. Er kritisierte komplizierte bürokratische Vorgänge, lobte hingegen die Bankenunion.

Andreas Dombret erwähnte, dass sich Regulierung und Wachstum nicht ausschließen – nachhaltiges Wachstum benötigt stabilisierende Regulierungen. Er ist nicht der Meinung, dass die Bankenunion bereits abgeschlossen ist - noch nicht alle Länder halten sich an die Regeln.

Rainer Voss hingegen bemängelte vor allem 3 Punkte:

1. „Level 3 Assets“ - es ist in jeder Situation zu unsicher, wie viel diese Posten tatsächlich Wert sind.
2. „Tax Deferred Assets“ - Viele Banken schreiben notleidende Darlehen ab, obwohl sie keine Profite machen - dies sollte nicht möglich sein.
3. Die Tests und Qualifikationskriterien für CEOs großer Banken sollten strenger sein - seiner Meinung nach werden selbst Piloten strenger getestet. Besonders am Charakter sollte man ansetzen.

Die Schwierigkeit der Situation scheint die unberechenbare Zukunft zu sein. Laut dem Panel soll der Fokus in Zukunft allerdings definitiv darauf liegen kleinere Institutionen zu entlasten, und sich stattdessen auf Systembanken und vor allem auch FinTechs zu konzentrieren. FinTechs, besonders solche aus China, sehen Entwicklungsländer als ihr Zielpublikum - wie kann globale Sicherheit hergestellt werden, wenn unbekannte Firmen in fernen Ländern Thema der Diskussion sind?

2. Panel: DIE ALPBACH DEBATTE: DIE ZUKUNFT DES EURO

In einem Pro-Contra Setting, zwei gegen zwei, wurde in diesem Programmpunkt diskutiert, ob und wie die Europäische Währungsunion zukünftige Herausforderungen meistern kann.

Konkret ging es um die vorgeschlagene „Fiskalunion“ als Ergänzung zur bereits bestehenden monetären Koordination. Ohne die Möglichkeit ihre Währung in Krisenzeiten abzuwerten, haben die Euroländer einen Teil ihrer Geldpolitik an die EU abgegeben. Da allerdings monetäre und fiskale Aktionen oft als Komplementäre wirken, wird die Stabilität des Euros, welcher in vielen sehr verschiedenen Ländern mit diversen fiskalen Strategien existiert, angezweifelt. Im Rahmen der Debatte, im Stil der Oxford University Union, sprachen sich **Gregory Claeys** (*Forschungsassistent, Brüssel*) und **Filippo Taddei** (*Direktor des „Bologna Institute for Policy Research, SAIS - School of advanced international studies, the Johns Hopkins University*) für eine Fiskalunion aus, während **Wilhelm Hemetsberger** (*Mitgründer und CEO Ithuba Capital AG*) und **Andreas Treichl** (*Erste Group Bank AG; Wien*) gegen eine solche plädierten.

HAUPTERKENNTNISSE FISKALUNION

Die Argumente der beiden Seiten des Panels „Die Zukunft des Euro“ sollen hier kurz aufgeführt werden:

Für eine Fiskalunion:

Die Fiskalunion ist eine wesentliche Maßnahme, um den Euro und die Eurozone dauerhaft zu stabilisieren. Auch wenn die Zeiten der Krise hinter uns liegen mögen, so haben wir doch, abgesehen vom „Bankenrettungsschirm“ keine nachhaltigen Maßnahmen getroffen, um in einer erneuten Krisensituation handlungsfähig zu sein. Fiskalunion bedeutet laut *Gregory* und *Taddei* nicht die totale Zentralisierung von Finanzpolitik und Steuerhoheit, und auch nicht einen permanenten monetären Transfer. Vielmehr geht es um eine nachhaltige Stabilisierung der Eurozone: Falls ein Mitglied der Eurozone in finanzielle Schwierigkeiten gerät, könnte eine Fiskalunion eingreifen und dadurch das Land und auch den Euro stabilisieren. Die Fiskalunion soll also eine Art Versicherungsmechanismus darstellen. *Gregory* und *Taddei* sind sich einig, dass fiskale Stabilisierung sowie die Adaption und Angleichung von Fiskalpolitik in Europa notwendig sind, um den Euro, so wie im Maastrichter Vertrag angedacht, zu implementieren. Mehr Integration würde mehr Wachstum und Wohlstand hervorbringen.

Auch aus rein ökonomischer Sicht kann eine Währungsunion, welche die EU ja seit Einführung des Euros ist, nicht ohne eine gemeinsame Fiskalpolitik funktionieren. Das derzeitige *set-up* widerspricht somit volkswirtschaftlichen Grundsätzen.

Ganz im Gegensatz zu *Treichl* und *Hemetsberger* argumentieren *Taddei* und *Gregory*, dass gerade durch eine Fiskalunion Europa politisch wieder mehr zusammenwachsen könnte. Die Bevölkerung versteht nicht, wofür die Union zuständig ist und welchen Mehrwert sie hat. Eine Fiskalunion, in der, wie es auch innerhalb vieler Mitgliedsstaaten üblich ist, ein Finanztransfer zwischen stärkeren und schwächeren Regionen stattfindet, um ein einheitliches Niveau von Wohlstand zu gewährleisten, könnte die politische Stellschraube sein, mit welcher der Populismus auszuhebeln ist.

Gegen eine Fiskalunion:

Treichl und *Hemetsberger* brachten Argumente gegen eine Fiskalunion vor. Eine Diskussion über eine Fiskalunion sei die falsche Debatte zur falschen Zeit: Es ginge nicht um den Euro oder die Eurozone, sondern darum Europa zu retten. Solches könnte durch eine Fiskalunion

aber nicht gelingen, da es nur die Unterschiede, sowohl zwischen Euro und Nicht-Euro Mitgliedsstaaten, als auch zwischen Staaten innerhalb der Eurozone verschärfen würde. Ein zentrales Problem ist der signifikante Unterschied in wirtschaftlichen Leistungen innerhalb der Eurozone. Eine Fiskalunion würde diese Unterschiede weiter verstärken und somit auch mögliche EU-Beitritte von Drittländern schwieriger machen.

Die politische Realität ist ein weiteres Problem: Die EU ist politisch nicht bereit für eine Fiskalunion, oder genauer gesagt, alle Teilbereiche einer Fiskalunion wären politisch, vor allem auf nationaler Ebene, nicht durchsetzbar. Selbst hochgebildete Leute, so *Treichl*, würden nicht wirklich verstehen, wie die EU funktioniert. Aufgrund dieses Unverständnisses für die Wirkungsweisen und Strukturen der EU seien die Bürger nicht gewillt *mehr* Kompetenzen nach Brüssel zu verlagern. Und eine Fiskalunion würde nach eben solchen Kompetenzen verlangen, die das Volk der EU nicht zusprechen will. Weiters würde eine Fiskalunion Disziplin verlangen: Man bedenke nur, dass Frankreich und Deutschland als erstes den ESM (European Stability Mechanism) gebrochen haben und so gut wie alle EU-Mitgliedsstaaten sich nicht an die Maastrichter Kriterien halten (jährliche Neuverschuldung nicht mehr als 3% des BIP, und öffentlicher Schuldenstand nicht mehr als 60% des BIP).

Laut *Treichl* sei das eigentliche und langfristige Ziel einer Fiskalunion, eine steuerliche Harmonisierung der Eurozone. Solange aber die BIP-Werte innerhalb der EU so unterschiedlich sind, kann ein solches Projekt weder gelingen noch sinnvoll sein. Um überhaupt eine Fiskalunion zu diskutieren, müssten die osteuropäischen Staaten wirtschaftlich besser aufgestellt sein.

Am Schluss stellen *Hemetsberger* und *Treichl* aber fest, dass wenn auch keine Fiskalunion, wir doch eine funktionierende Kapitalmarktunion installieren sollten. Eine solche würde den freien Kapitalverkehr, eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, weiter stärken.

3. Panel: BANKING OHNE BANKER*INNEN?

Veränderte Bedingungen verlangen veränderte Konzepte - besonders im Bankensektor gab es in letzter Zeit viel Aufruhr. Neue Technologien (z.B. Blockchain), stetig aufsprießende „FinTechs“, verändertes Konsumentenverhalten und strengere Regulierungen werfen die Frage auf, ob es traditionelle Banken in Zukunft überhaupt noch geben wird. Einer der Panelteilnehmer ist dafür bekannt, das Gegenteil zu verwirklichen: **Maximilian Tayenthal**, Mitgründer und CFO von N26, argumentiert, dass Bankfilialen der Vergangenheit angehören. Zusätzliche Einsichten in die Branche bringen **Klaus Buchleitner** (CEO Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG), **Ben Davis** (Abteilungsleiter FinTech und stellvertretender Direktor Finanzdienstleistungsinnovation, Deloitte Johannesburg, Südafrika), **Luc Truyens** (CEO ING-Diba Österreich) und **Michael Schuster** (Gründer und Managing Partner, Speedinvest, Wien).

4. Höhenfrühstück: DIE ZUKUNFT DES SPARENS

Das Sparbuch hat ausgedient - man würde glauben, die niedrigen Zinsen machen herkömmliche Sparformen fast obsolet. Doch wie sieht dann das Sparen der Zukunft aus? Ein Aktienkauf ohne verlässliche Beratung ist risikoreich und aufwändig. Fonds, ETFs, Bitcoin und Co verwirren oft Kunden und Kundinnen, weshalb sehr viele trotzdem noch immer zum Bausparer greifen. Wie kann man Sparer aktiv darin unterstützen das richtige Produkt zu finden und ihre Geldanlage genau an sie anpassen, wenn die persönliche Beratung langsam zu teuer wird, um sie aufrechtzuerhalten? Diese und weitere Fragen stellen sich unter anderem **Michaela Keplinger Mitterlehner** (*stellvertretender CEO Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Linz*) und **Christoph Herrmann** (*Abteilungsleiter Privatkundengeschäft, Unicredit Bank Austria AG, Wien*), und auch **Werner Kersch** (*Geschäftsführer, IFM Investors, London*) und **Wilhelm Hemetsberger** (*Mitgründer und CEO Ithuba Introduction Capital AG, Wien*) zeigten ihre Expertise.

HAUPTERKENNTNISSE (KRYPTO-)WÄHRUNG

Bitcoin wird von einigen Kunden angesehen wie ein Girokonto - seit TenX gibt es sogar die Möglichkeit eine Karte dafür zu besitzen. Ähnlich wie viele andere FinTechs bieten sie Finanzdienstleistungen ohne Bank - und ohne reguliert zu sein. Diese Charakteristik führt dazu, dass besonders viele illegale Transaktionen und Geschäfte über Bitcoin abgewickelt werden. Ben Davis ist davon überzeugt, dass bald auch einfache Käufe in Geschäftslokalen mit Bitcoin bezahlt werden, womöglich nicht in Österreich, durchaus aber z.B. in Südafrika. Es vereinfacht vor allem internationale Transaktionen in Ländern mit strengen Kapitalverkehrskontrollen. Menschen vertrauen der Kryptowährung und die Übertragung ist weltweit kostenlos. Durch die Blockchain-Technologie ist Bitcoin ein besseres Mittel zur Wertspeicherung als Keynes' Idee - trotzdem ist eine gute Regulierung die einzige Möglichkeit Bitcoin zu einem sicheren Zahlungsmittel zu entwickeln. *Luc Truyens* bemerkte zusätzlich dazu, dass die dahinterliegende Technologie nicht nur Währungen herausfordert, sondern auch für herkömmliche Bankenprozesse eine große Hilfe darstellen kann. Investitionen in diesem Bereich seien auf lange Sicht unvermeidlich.

HAUPTERKENNTNISSE DIGITALISIERUNG

Das Ziel vieler neuer FinTechs ist es, die Bankenbranche in Aufruhr zu bringen. Doch was kann in den nächsten Jahrzehnten wirklich erwartet werden? Werden Menschen selbst in einer so vertraulichen Sache wie Geld vollkommen auf persönliche Beratung verzichten?

Zunächst stellte sich hierbei in Alpbach die Frage, was einen 'Banker' zum 'Banker' macht. Dabei machte der Co-Founder von N26 darauf aufmerksam, dass er sich nicht als Bank und als Banker verstehe, da sein Geschäftsmodell mit der klassischen Bankfiliale wenig zu tun hat. Unter seinen 300 Mitarbeitern seien lediglich 10-12 mit beruflichem Hintergrund aus dem Bankensektor. Es geht nicht mehr um den klassischen Bankerberuf, denn die Anforderungen der Kunden haben sich stark geändert. Da sich die Banken nicht schnell genug an die neuen Bedingungen angepasst haben, konnten verschiedene FinTechs und Start-Ups die Gelegenheit nutzen, und in den Markt einsteigen.

Davis wies darauf hin, dass vor allem in Afrika das Zusammenspiel von vielen FinTechs den Bankensektor ersetzt hat. So hat zum Beispiel Vodacom Versicherungslizenzen gekauft, und kann mit Hilfe der Daten aus anderen Geschäftszweigen, die Konditionen für Lebensversicherungen extrem gut einschätzen und berechnen. In Afrika wird auch die Kreditwürdigkeit nicht mehr von Banken bewertet, sondern von Unternehmen aus der Telekommunikation. Und im asiatischen Markt hat WeChat zwar nicht die Bank als Gelddepot, aber als Zahlungsagent ersetzt.

Davis plädierte vor allem dafür, das Geschäft für Kunden verständlicher zu machen, und so ihr Vertrauen zu gewinnen. Digitalisierung sei für den Bankensektor eine große Chance, da sie Standardisierung und Optimierung ermögliche: Der Kunde findet sich schneller und besser zurecht, aber auch die Bank hat einen schnelleren und besseren Zugriff auf Kundeninformationen.

Auf dem Weg zu einem gemischten Geschäftsmodell

Die Finanzkrise und der Aufstieg der FinTechs seien gleich ein doppelter Schlag für den Bankensektor gewesen, so *Klaus Buchleitner* von der Raiffeisen Bank. Da mehr als 60% der Kunden regelmäßig Onlinebanking nutzen, müsse dieser Sektor weiter ausgebaut werden. Auch wenn sich die Raiffeisen den neuen Entwicklungen anpassen möchte, stellt die lange Tradition der Bank, vor allem in ländlichen Regionen, eine Altlast dar. Und so möchte die Raiffeisen Bank als digital-regionale Bank ein neues Geschäftsmodell finden. Denn auch wenn Kunden digitale und moderne Services verlangen, so wollen auch die meisten ihre finanziellen Belange nicht ganz ohne zwischenmenschliche Kontakte bestreiten. In manchen finanziellen Lebensentscheidungen möchten Kunden einfach persönliche und individuelle Beratung.

Truyens, General Manager der ING-DiBa Österreich, teilte die Ansichten *Buchleitners*: Die Zukunft des Finanz- und Bankensektors liegt in einem gemischten Geschäftsmodell. Einerseits ist vielen Kunden 'banking' zu komplex und/oder es fehlt ihnen die Zeit: Hier kann die Digitalisierung dem Kunden helfen, diese komplizierten Prozesse zu vereinfachen. Andererseits wollen Kunden für gewisse Dienstleistungen und Bankgeschäfte Beratung von 'echten' Menschen statt Apps oder Robotern: Wenn es um hohe Beträge geht, wollen die Menschen nicht einfach auf einen 'Knopf' drücken.

Banken und FinTechs: Konflikt oder Kooperation?

Konsens herrschte in der Ansicht, dass es keine Frage mehr sei, ob Banken mit FinTechs zusammenarbeiten wollen oder nicht, sondern *wie*. Da FinTechs meistens sehr spezialisiert sind, können sie als hilfreiche Kooperationspartner genützt werden. Auch, so *Truyens*, seien die FinTechs ein guter Innovationsmotor für den Bankensektor – Banken lernen und profitieren von der schnellen Geschwindigkeit, mit der FinTechs die Branche 'revolutionieren'. In Partnerschaften und Kooperationen mit FinTechs können Banken sich so auch schneller den neuen Entwicklungen anpassen.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die neue EU-Verordnung (PST2), die besagt, dass Banken Start-ups gewisse Daten zur Verfügung stellen müssen. Naturgemäß unterstützt *Tayenthal* dieses Vorhaben, während sich *Truyens* und *Buchleitner* weniger euphorisch zeigten.

In einem anderen Gespräch betonte Finanzminister *Schelling*, dass es wichtig sei, die Banken weniger und die FinTechs stärker zu regulieren, um auch der Steuerflucht von FinTechs entgegenzuwirken. Hier könnte *mehr* Europa eine Antwort sein. Vielleicht wird Junckers Vorschlag eines europäischen Finanzministers ja doch bald in die Tat umgesetzt?

Zum Abschluss: SCHULDEN, DATENSCHUTZ UND SYSTEMWECHSEL

Zum Schluss noch ein paar interessante Aussagen und Ideen, die uns von den Podiumsdiskussionen in Erinnerung geblieben sind:

- Im Gespräch über die Zukunft nach der Finanzkrise bemerkte *Andreas Dombret*, dass in der Vergangenheit die Bilanzen der Banken viel höher waren, als sie hätten sein sollen - aufgrund des hohen Anteils an Schulden. Es muss versucht werden Schulden in Relation zur Realwirtschaft normal zu halten. Es gibt weiterhin Anzeichen auf einen Überschuss im Markt, weshalb die Wahrscheinlichkeit eines schrumpfenden Sektors als sehr hoch einzuschätzen ist (gefolgt von einem Nicken der anderen Panelteilnehmer).
- Daten sind einerseits wichtig für Banken um Risiko einschätzen zu können, andererseits für Regierungen um Steuerhinterziehung zu vermeiden. Trotzdem gibt es kein internationales System um z.B. Banktransaktionen besser zu kontrollieren. Das Publikum stellte die Frage, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, diese Daten zu nutzen, ohne zu sehr in Datenschutzrechte einzugreifen – der Gedanke blieb allerdings leider ohne tatsächliche Antwort offen für weitere Diskussionen.
- Am Ende eines Panels brachte *Kristalina Georgieva* ein, dass bereits in „Das Kapital“ erkannt wurde, wie die materielle Realität unser Denken beeinflusst. Ihrer Meinung nach muss Regulierung sicherstellen, dass, nicht wie in der letzten Krise, wenige Menschen auf Kosten der breiten Bevölkerung profitieren – denn das sei der Ursprung von Populismus. Trotzdem stellt sich die Frage, wie man Regulierung für einen Sektor entwerfen kann, der sich in Zukunft stark in ungewisse Richtung verändern wird.
- *Rainer Voss* ist der Meinung, dass das System grundlegend geändert werden muss. Er glaubt, dass sich die Finanzkrise in nächster Zeit mehrmals wiederholen wird (wenn auch in kleinerer Form) und sieht zudem die Nichteinbeziehung des Volkes im Finanzsystem sehr kritisch. Er stellte in den Raum, das Finanzsystem zu demokratisieren, eine globale Finanzverfassung zu erstellen und/oder Privatpersonen den Zugang zu Konten bei Zentralbanken zu ermöglichen. Seiner Meinung nach sollte der G-20 oder G-100 Gipfel darüber nachdenken, zusätzlich zur Exekutive, Legislative und Judikative eine „Monetative“ einzuführen.